

## Interessent für Windeignungsfeld Groß Dölln

Von Sigrid Werner

Die Regionalplaner haben ein neues Windeignungsgebiet bei Groß Dölln vorgeschlagen. Ein Interessent daran hat früher Solarparks entwickelt.

**GROSS DÖLLN.** Die Regionale Planungsgemeinschaft hat mit dem Entwurf für den neuen Integrierten Regionalplan für Uckermark und Barnim auch ein neues Windfeld bei Groß Dölln vorgeschlagen. Es liegt hinter dem dortigen Solarpark Richtung Vietmannsdorf auf einer Waldfläche. Ein Teil davon gehört der Flugplatz Verwaltungsgesellschaft Groß Dölln (FGD), der auch der frühere Geschäftsführer der Belectric, die den Solarpark errichtet hatte, angehört. „Wir haben von dieser Ausweisung, die auch Teile des Landesforstes betreffen würde, wie alle anderen auch gehört“, sagte Martin Zemsch von der FGD. „Ob es zur Ausweisung in dieser Größenordnung kommen wird, kann man in dem Entwurfsstadium noch nicht mit Bestimmtheit sagen. Wir würden das aber begrüßen“, so Zemsch. „Schließlich haben wir damals in die Sanierung des ehemaligen Flugplatzgeländes, den Rückbau,

die Müllentsorgung und Kerosinbeseitigung mehrere zehn Millionen Euro investiert.“ Noch heute flößen jährlich rund 100 000 Euro in die Altlastenbeseitigung, sprich zum Schutz des Trinkwassers in das Abpumpen des Kerosins. Man würde sich freuen, dafür weitere Einnahmen generieren zu können, um die sichere Trinkwasserversorgung finanzieren und gleichzeitig zur Energiewende beitragen zu können, sagte er. Denn die Kosten würden die Pachteinnahmen aus dem Solarfeld und der Waldwirtschaft längst übersteigen. „Das wäre unsere Motivation“, so Zemsch, an dieser Stelle ein weiteres Projekt zur Gewinnung erneuerbarer Energie, in diesem Falle von Windenergie zu starten. Planungen dafür werde man aber erst nach der tatsächlichen Ausweisung eines Windeignungsgebietes beginnen.

Aussagen zu Größenordnungen könne er zu diesem Zeitpunkt noch nicht machen, so Zemsch, der heute deutschlandweit in einem anderen Unternehmen, der Firma Climagy, Solarprojekte entwickelt.

**Kontakt zur Autorin**  
s.werner@nordkurier.de

## Mit Drogen am Steuer

**AHRENSDORF.** In der Milnersdorfer Chaussee in Ahrensdorf hat die Polizei am Mittwochvormittag einen Autofahrer gestoppt, der unter dem Einfluss von Drogen gefahren ist. Nach

Polizeiangaben zeigte ein Drogenschnelltest, dass der 37-jährige Amphetamine und Cannabis konsumiert hatte. Eine Blutentnahme solle dies nun gerichtsfest überprüfen, hieß es.

## Bei Firma eingebrochen

**DEDELOW.** Unbekannte sind in der Nacht zu Mittwoch gewaltsam in ein Firmengelände in Dedelow eingedrungen. Laut Polizei wurden zwar keine Gegenstände gestohlen, dennoch entstand ein Schaden von rund 500 Euro.

## Teure Säge gestohlen

**DREESCH.** Unbekannte haben von einer Baustelle in Dreesch in der Zeit zwischen Montag und Dienstag eine Steinbandsäge gestohlen. Wie die Polizei am Mittwoch mitteilte, habe die Säge einen Wert von rund 2000 Euro.



Henrike Reemtsma (Mitte) fand deutliche Worte gegenüber den SPD-Landtagsabgeordneten. Es brauche jetzt ein klares Bekenntnis des Landes zum Vorhaben der Europäischen Schule Templin. Ohne ein solches sei das Projekt gefährdet. FOTO: HORST SKOUPLY

# Klare Worte an die SPD-Landtagsfraktion

Von Horst Skoupy

Die SPD-Landtagsmitglieder diskutieren derzeit in Templin unter anderem über Brandenburgs Haushalt für die Jahre 2023/24. Darin sollte auch die künftige Europäische Schule eine Rolle spielen, appellierte die Stiftungsvorsitzende Henrike Reemtsma.

**UCKERMARK.** Am Dienstag kamen die Abgeordneten der SPD-Landtagsfraktion zu einer dreitägigen Klausurtagung im Templiner Ahorn Seehotel zusammen. Neben der Energiekrise verständigten sich die Politiker auch zum nächsten Doppelhaushalt des Landes 2023/24. Es war weniger touristisches Interesse, dass sie sich am Mittwoch vor Ort über das Projekt der Europäischen Schule Templin informierten. Vielmehr ging es darum, vor dem Hintergrund der Haushaltsdebatte dem Versprechen der Landesregierung, das Vorhaben unterstützen zu wollen, endlich Taten folgen zu lassen.

Planer und Architekt Gerald Kühn-von Kaehne informierte die Gäste deshalb

zunächst, was getan werden muss, um das denkmalgeschützte Ensemble des ehemaligen Joachimsthalschen Gymnasiums mit einer modernen Schule für circa 300 Internats- und weitere 150 Tagesschüler neu zu beleben. 2020 sei ein Masterplan vom Potsdamer Architektenbüro Kühn-von Kaehne und Lange im Auftrag der Stiftung Gebäudeensemble Joachimsthalsches Gymnasium erarbeitet worden.

Seinerzeit wurden Gesamtkosten von rund 97 Millionen Euro für das ehrgeizige Vorhaben ermittelt. „Allein 60 Millionen Euro entfallen auf die denkmalpflegerischen Maßnahmen der bestehenden Gebäude“, sagte der Planer. Den Plänen zufolge soll in Absprache mit den Denkmalbehörden des Landes und des Landkreises die historische Substanz weitgehend erhalten bleiben, der Uckermark Kurier berichtete.

Gerald Kühn-von Kaehne erinnerte in dem Zusammenhang daran, dass vom Bund bereits 30 Millionen Euro für die denkmalgerechte Sanierung geparkt sind. Im November 2020 hatte der Haushaltsausschuss des Bundes

die Förderung in dieser Höhe zugesagt. Sie ist allerdings an eine Kofinanzierung des Landes Brandenburg sowie einen Eigenanteil der Stiftung gebunden. Nach dem Finanzkonzept der Stiftung sollen dafür 20 Millionen Euro vom Land fließen. 10 Millionen Euro muss die Stiftung dafür aufbringen.

Henrike Reemtsma, Vorsitzende des Vorstands der Stiftung Gebäudeensemble Joachimsthalsches Gymnasium Templin, fand bei der Verabschiedung der SPD-Landtagsfraktion deutliche Worte. Vor dem Hintergrund der Haushaltsdiskussion sagte sie: „Wir brauchen jetzt ein klares Bekenntnis des Landes zu dem Vorhaben. Ohne ein solches Signal ist das Projekt gefährdet.“

Bei Daniel Keller, Vorsitzender der Fraktion, ist die Botschaft angekommen. Die Themen Europa und europäischer Zusammenhalt seien aktueller denn je. Darüber herrsche Konsens unter der Abgeordneten der Fraktion. Das Projekt einer Europäischen Schule, an der junge Menschen aus ganz Europa ihr Abitur ablegen können, habe aus seiner Sicht nicht

nur eine Bedeutung für die Stadt und die Uckermark, sondern auch für das Land Brandenburg und darüber hinaus. „Wir müssen unseren Abgeordneten bewusst machen, welchen Schatz wir hier heben können“, zeigte er sich beeindruckt von der Idee, ein denkmalgeschütztes Ensemble wie das ehemalige Joachimsthalsche Gymnasium mit einem Projekt wiederzubeleben, das inhaltlich den europäischen Gedanken in sich trägt. „Ich persönlich bin davon überzeugt, dass es in unserer Verantwortung liegt, ein Projekt, für das sich Menschen privat engagieren, jetzt über die Ziellinie zu führen“, so Daniel Keller. Seine Fraktion werde alles dafür tun, die Koalitionspartner davon zu überzeugen, die notwendigen finanziellen Mittel dafür bereitzustellen.

Je nachdem, inwieweit es in der Haushaltsplanung für die Jahre 2023/24 Eingang findet, könne die Fraktion in die Haushaltsdebatte Mitte/Ende Oktober noch einmal Änderungsanträge einbringen, erklärte er.

**Kontakt zum Autor**  
h.skoupy@nordkurier.de



## Leser schreiben an die Redaktion

### PCK-Raffinerie in Zukunft ohne russisches Öl

Meinungen zu **Bund verspricht sichere Arbeitsplätze bei PCK** vom 19. September:

**Ulrike Radike:** Herr Scholz war in der Schwedter Raffinerie und wollte Hoffnung verteilen. Die Bundesregierung hatte Stunden zuvor zwei Töchter von Rosneft unter staatliche Kontrolle gestellt und damit eine Quasi-Enteignung vorgenommen. Diese lang angekündigte Aktion wird Putin nicht wirklich überrascht haben. Wenn zum Jahresende der freiwillige Verzicht auf Russenöl wirksam wird, kann PCK nur höchstens mit halber

Last betrieben werden. Mehr Öl steht nun mal nicht zur Verfügung. Die Vollastfahrweise, in der PCK 12 Millionen Tonnen Öl pro Jahr verarbeitet hat, gehört dann der Vergangenheit an. Scholz hatte in der Pressekonferenz angekündigt, wie es bei PCK trotz des zu erwartenden monatelangen Halblastbetriebs weitergehen könnte. So sollen durch staatliche Unterstützung die Gehälter auch bei Kurzarbeit weitergezahlt werden. Gleichzeitig kündigte er beinahe milliardenschwere Investitionen im Rahmen eines Transformations- und Zukunftspakets an, dessen genauer Inhalt aber noch unbekannt ist. Als Kernstück der Investitionen soll die Pipeline Rostock-Schwedt

für mindestens 400 Millionen Euro ausgebaut werden. Nach deren Fertigstellung in einigen Jahren soll PCK dann mit 75 Prozent Auslastung betrieben werden können. Die Reaktionen der politischen Lager auf die Übernahmen reichen von hoffnungsvoller Zustimmung bis hin zur Ablehnung wegen einer wirklichen Fehlentscheidung. Die Turbulenzen um PCK sind also längst nicht vorbei. Es bleibt schlicht und ergreifend abzuwarten, wie viel Erdöl zur Raffinerie gebracht werden kann, wie die geplante Klage von Rosneft am Bundesverwaltungsgericht ausgeht und wie die anderen deutschen Raffinerien auf die hohen Geldzuwendungen des Bundes nach Schwedt reagie-

ren. Sie könnten es glatt als Wettbewerbsverzerrung auslegen. Wir hoffen, dass sich Herr Scholz an seine Worte zur Uckermark, zu Schwedt und der Raffinerie erinnert.

**Reinhard Zarneckow:** Wünsche dem PCK viel Glück, wenn ich das Risiko vorzeitiger Beendigung der Lieferung von Uralöl auch nicht akzeptieren kann. Warum Sanktionen statt Verhandlungen? Warum keine Trennung des Wirtschaftskrieges, sprich seine Beendigung vom Waffenkrieg? Wer profitiert von ihm? Die Deutschen und auch die Russen nicht, dafür China, Indien und die USA – Letztere verkaufen ihr Öl teuer, von wegen Solidarität mit Deutschland.

**Botho Köhn:** „Kontrolle der Bundesnetzagentur“ ist die moderne Bezeichnung für Enteignung. Enteignung, was irgendwie russisch ist. Ach, so: Ich habe vergessen, dass Uniper demnächst auch verstaatlicht werden soll. Es läuft mit dem „Öko Sozialismus“, oder haben die Grünen die Positionen eines Herrn Kühnert übernommen. Wer Grün wählt, erhält Dunkelrot.

**Christoph Kersten:** Der Staat übernimmt die Hand und stützt das Ding mit Steuergeldern – lächerlich, zum Heulen. Sanktionen weg, Öl und Gas aus Russland und Deutschland lebt wieder und verdient wieder Geld. Wir gehen kläglich unter.

**Reimund Daegelow:** Robert Habeck und Michael Kellner haben das PCK doch erst in die Situation gebracht, das sollte man nicht vergessen

**Jörg Heinicke:** Wenn Sozis Wirtschaft spielen, kommt ein Staatseingriff nach dem anderen, und am Horizont winkt der Staatsbankrott! Aber wie ein Banker sagte: „Es ist ja nicht so, dass der Staat Bankrott geht, sondern seine Bürger.“

Die Redaktion behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Leserbriefen vor. Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Anonyme Zuschriften sowie Briefe, die reine Polemik enthalten und andere verunglimpfen, werden nicht veröffentlicht. Bitte geben Sie in jedem Fall Ihre vollständige Adresse und Telefonnummer an, für mögliche Rückfragen.